

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1873

15.6.1873 (No. 137)

Badischer Beobachter.

Büreau: Adlerstraße Nr. 20 in Karlsruhe.

Nr. 137.

Ersteinst täglich (Montag ausgen.)
Preis 1 fl. 18 kr., durch die Post bezogen
1 fl. 52 kr. vierteljährlich.

Sonntag, 15. Juni

Insertionsgebühr:
die gespaltene Zeile oder deren
Raum 4 Kreuzer.

1873.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Juli beginnt das dritte Quartal unseres Blattes. Mit Hinweis auf die an der Spitze desselben enthaltene Preisangabe bemerken wir, daß alle Postanstalten und Landpostboten Bestellungen annehmen; für hier und Umgegend das Bureau unseres Blattes sowie die Austräger.

Wir ersuchen die Freunde des Bad. Beobachters, für die möglichst größte Verbreitung desselben gerade in dem kommenden Quartale um so lebhafter thätig sein zu wollen, als die Wahlen für den badischen Landtag vor der Thüre stehen. Ein weiteres Wort über die Wichtigkeit der katholischen Presse in diesen Tagen eines Kampfes, wie ihn die Geschichte nie folgenschwerer gesehen, hinzuzufügen, halten wir für überflüssig.

Karlsruhe, 14. Juni 1873.

Die Redaction des Bad. Beobachters.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 9. Juni. (R. B. 3.)

(Schluß.)

Abg. v. Soverbed beantragt die für den Gesandtschaftsprediger in Rom geforderten 1800 Thaler abzusetzen. In dem Rom von heute sei wahrlich kein Mangel an evangelischem Gottesdienst.

Abg. v. Bunsen. Es existiren allerdings vier italienische und drei englische Kirchen evangelischer Confession in Rom, aber keine deutsche.

Die Position wird genehmigt.

Zu Tit. 6 Nr. 18 (Gesandtschaft in Rom bei der italienischen Regierung) fragt Abg. Reichensperger (Erfeld) anlässlich der für das archäologische Institut in Rom geforderten 22,750 Thaler an, ob die Regierung nicht endlich ein Institut für christliche Alterthümer einrichten wolle.

Bundes-Commissar Geh. Rath v. Bülow erklärt, daß auf Anregung des Professors Pieper die Einrichtung eines solchen Instituts im Werke sei.

Der Etat enthält neben dem Gesandtschaftsposten in Rom bei der italienischen Regierung ferner ausgeworfene Gehälter für einen Gesandten beim Papste (15,000 Thlr.) und seinen Legations-Secretär (2700 Thlr.).

Abg. Löwe beantragt, diese Positionen zu streichen, welche dafür zu sprechen scheinen, daß man an eine Wiederbesetzung des Gesandtschaftspostens beim Papste denke. Hierfür liege keines Erachtens kein praktisches Bedürfnis vor, und eben so wenig entspreche es den Regeln des Völkerrechts, wonach Gesandten nur bei souverainen Staatsoberhäuptern accreditirt seien. Diese Bedeutung habe aber das Oberhaupt der katholischen Kirche nicht mehr. Die Aufrechterhaltung dieses zweiten Gesandten in Rom sei aber gleichzeitig ein Mangel freundschaftlicher Gesinnung gegen Verträge mit dem römischen Stuhle, und das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in den Einzelstaaten sei im Begriff, eine Lösung zu erfahren, welche besondere Beziehungen zwischen ihnen und dem katholischen Oberhaupt nicht mehr erforderlich mache. Im gegebenen Falle würde die Entsendung eines besonderen Commissars nach Rom immer zweckentsprechender sein.

Abg. Reichensperger (Erfeld) glaubt zwar auf dem diplomatischen Gebiete nicht so wohl informiert zu sein, wie der Vorredner, hält aber vorläufig noch an der Meinung fest, daß Gesandte bei den Souverainen und nicht bei den Staaten accreditirt werden, und als Souverain werde der Papst auch noch von den evangelischen Mächten betrachtet. So stände denn formell nichts entgegen, die Position zu bewilligen. Als der erste Napoleon einen militärischen Gesandten nach Rom schickte, um mit dem Papste zu unterhandeln, instruirte er ihn dahin, den Papst, der doch damals so wenig Regent eines Territoriums war, wie jetzt, so zu behandeln, als ob dieser mehrere 100,000 Bayonnetten hinter sich hätte. Das beweise, daß Napoleon damals noch mit moralischen Gewalten rechnete, während unsere neueste Staatskunst nur noch mechanische Mittel zu kennen scheint und daß die Höhe der Cultur eines Staates nach der Menge seiner Kanonen bemessen wird. (Gelächter links.) Danach stehe allerdings der Papst sehr tief, denn er besitze nicht eine einzige Kanone. Eine andere Frage sei es, in wie weit die Thätigkeit eines deutschen Gesandten beim heiligen Stuhle den deutschen Katholiken erwünscht sein könne. Nun beschäftige sich aber neuerdings die officiöse Presse in auffallend eingehender Weise mit der Person des Papstes. Er hoffe in dessen, daß der Papst diesen Organen so bald noch nicht den Gefallen thun werde, zu sterben. Der Abg. Löwe schien darauf hinzuweisen, daß für den Fall des Ablebens des Papstes und einer Neuwahl die Anwesenheit eines Commissars des Reiches wünschenswerth wäre. Für diesen Fall sei aber seines Erachtens weder ein Commissar noch ein Gesandter erforderlich. (Zustimmung im Centrum.) Die katholische Welt verlange nicht anach, sie müsse bestens für jede Intervention danken, und die nichtkatholische Welt habe sich sehr wenig um etwas zu kümmern, was ihre Angelegenheit nicht sei. (Zustimmung im Centrum.) Abg. Löwe habe ja sonst immer das Nichtinterventionsprincip betont; er sehe nicht ein, warum er jetzt davon abgehe.

Fürst Bismarck. Es ist allerdings richtig, daß dieser Posten, so lange das Deutsche Reich besteht, noch nicht praktisch wirksam gewesen ist; wir haben darin die Erbchaft des früheren norddeutschen Bundes resp. Preußens in der Budgetposition angeführt. Aber das Fortbestehen dieses Postens möchte ich doch nicht mit dem Abg. Löwe ausschließlich abhängig machen von der Frage, ob der Papst eine Territorial-souveränität ausübt oder nicht. Wenn wir zurückblicken in die Geschichte unserer dortigen Mission, so finden wir, daß die Geschäfte, die wir mit dem Papst als Souverain des früheren Kirchenstaates gehabt haben, oder die geschäftlichen Bemühungen, in welche wir mit dem Papst als weltlichem Territorialherrn gekommen sind, in weit geringerem Maße die Thätigkeit der Gesandtschaft in Anspruch genommen haben im Vergleich mit den Geschäften, welche der preussische Staat (nach Stiftung des norddeutschen Bundes) ist es weniger praktisch geworden) zur Regelung seiner Beziehungen mit der dortigen Regierung gehabt hat. Das Bedürfnis, so weit es hierauf begründet ist, besteht fort, wenn auch einstweilen mehr im Princip als in der Praxis. Wir sind augenblicklich praktisch dort nicht vertreten. Es hat das seinen Grund in der mehr äußerlichen Natur der Dinge, die in Verbindung steht mit der augenblicklichen Lage der confessionellen Frage in Deutschland, und namentlich ist das rein Formale augenblicklich entscheidend und maßgebend, daß wir einen Vertreter des Deutschen Reiches nicht der Möglichkeit aussetzen wollen, in amtlicher Eigenschaft als Vertreter in Rom von amtlicher Stelle her eine Sprache zu hören, die das Deutsche Reich nicht entgegenzunehmen vermag. (Beifall.) Es sind das ja aber wandelbare Dinge, tempora mutantur et nos mutamur in illis. (Sehr richtig! im Centrum.) Es ist ja nicht notwendig, daß die Sache des Friedens und der Demuth stets mit stolzen und zornigen Worten vertreten wird, es kann auch darin eine Aenderung eintreten, die auch diese Verhältnisse den gewöhnlichen Gebräuchen europäischer Mächte näher bringt, und zu einem solchen rechte ich das Oberhaupt der großen kirchlichen Gemeinschaft, von der ein verhältnismäßig kleiner Antheil, klein im Verhältnis nicht zu den Evangelischen, sondern zur Gesamtheit der Angehörigen der katholischen Gemeinschaft — das Deutsche Reich bewohnt. In dieser Hoffnung möchte ich einen Faden, der sich wieder antupfen läßt, nicht gern abschneiden, eine Fählung, die im Augenblick praktisch erloschen ist, nicht vollständig zu den Todten werfen.

Die Reichsregierung ist, so fest sie auch entschlossen ist, die Unabhängigkeit des Reiches vor einer jeden ausländischen Gewalt zu wahren, eben so bereitwillig, dahin zu wirken, daß nicht nur die Mehrheit, sondern wo möglich die Gesamtheit der katholischen Deutschen mit ihren Regierungen und evangelischen Mitbürgern in Frieden leben möge. Ich möchte keines der Mittel missen, die mir in Zukunft eine Aussicht, wenn auch nur eine so geringe, wie die eines ständigen Gesandten, bieten; ich möchte dieses Mittel ungern abschneiden. In einem Falle, wie er hier vorliegt, ist es für beide Theile sehr schwer, den ersten Schritt zu einer Annäherung zu thun, weil beide Theile der Meinung sind, daß ihnen ein Unrecht geschehen sei. Die Möglichkeit eines solchen Schrittes unter veränderten Verhältnissen, sobald ein Vertreter des deutschen Reiches Bürgschaften für diejenige Behandlung, für die Beweise derjenigen Achtung hat, auf die das deutsche Reich in seinen Vertretern überall Anspruch hat, diese Möglichkeit kann ich mir sehr wohl denken. Auch daß die Beibehaltung und unter Umständen die Benutzung dieser im Budget gegebenen Stellung diese Möglichkeit und einen Weg zur Verständigung bietet, wobei kein Theil sich gerade zu sagen braucht, er habe den ersten Schritt gethan, kann ich mir wohl denken, und deshalb möchte ich Sie bitten, diesen Weg nicht zu verschließen, wenn ich auch für den Augenblick wenig Hoffnung habe, Sr. Majestät dem Kaiser eine Besetzung dieses Postens vorzuschlagen zu können und das Gehalt wahrschijnlijk, jedenfalls im nächsten Jahre als erspart berechnet wird. (Beifall.)

Abg. Löwe. Die Ausführungen des Reichskanzlers haben leider bestätigt, daß er die Besetzung des Gesandtschaftspostens zwar augenblicklich nicht für zweckmäßig hält, aber von der Möglichkeit einer künftigen Wiederbesetzung nicht absieht. Es kam mir wesentlich darauf an, mit einem Antrage einen Abschluß in den Verlehr der deutschen Nation mit Rom zu bringen, zu bezeugen, daß die Trennung des Staates von der Kirche so weit abgeschlossen ist, daß darin kein Raum mehr sei für einen Gesandten beim päpstlichen Stuhle. Als das deutsche Reich begründet wurde, existirte ein päpstliches Territorium nicht mehr, und wenn der Abgeordnete Reichensperger mir vorwirft, nur noch mechanische Gewalten und Machtmittel zu berücksichtigen, so frage ich ihn, warum hat er denn so lebhaft den Verlust des päpstlichen Territoriums beklagt? Gerade seine Partei scheint die Kanonen des Papstes nicht missen zu wollen, sie will ihm durch solche Mittel eine Gewalt vindiciren, wo er sonst nichts gelten würde. (Zustimmung.)

Fürst Bismarck. Der Abg. Reichensperger schien anzudeuten, daß der Gedanke des Abg. Löwe, bei Gelegenheit einen Commissar nach Rom zu schicken, vorzugsweise mit der Aussicht auf eine Papstwahl zusammenhänge. Ich muß hierauf antworten, damit nicht aus meinem Stillschweigen angenommen werde, die Reichsregierung habe dieselbe Ansicht. Wir werden uns jeder Einwirkung auf die Papstwahl enthalten, sie gar nicht versuchen. Es ist im Interesse des öffentlichen Friedens sehr wünschenswerth, daß die Papstwahl im Sinne der Mäßigung ausfällt, daß man nicht gerade die zornige und lämpfende Seite des Papstthums in den Vordergrund stelle, wenn man überhaupt Versöhnung will. Aber unsere Aufgabe ist es nicht, uns mit diesen Dingen zu beschäftigen. Unsere Aufgabe kann es nur sein, wenn uns gemeldet wird, daß eine

Papstwahl vollzogen sei, unsererseits zu prüfen, ob sie unserer Ueberzeugung nach vollständig legitim vollzogen sei, so daß der Gewählte nach unserer Ansicht berechtigt ist, in Deutschland diejenigen Rechte zu üben, die einem legitimen Papste ohne Zweifel beizuwohnen. (Lebhafte Beifall von fast allen Seiten des Hauses. Oho! im Centrum.)

Abg. Reichensperger (Erfeld). Ich habe mit Befriedigung vernommen, daß der Reichskanzler eine Einmischung in eine eventuelle Papstwahl nicht beabsichtigt; ich verbinde damit die Hoffnung, daß von einer solchen noch lange nicht die Rede sein und der Papst noch weit länger leben wird, als officiöse Presseorgane dies zu wünschen scheinen. Wenn wir den Verlust des päpstlichen Territoriums beklagen, so geschah dies wegen des Unrechts, welches dem Papste damit geschah, und ohne daß es uns darum in den Sinn kam, ihm recht viele Kanonen zu wünschen. Wir wollten nur, daß der Papst nicht nur dem Titel und der Courtoisie nach Souverain sein, sondern auch wenigstens so viel Völkerehre haben sollte, um seiner Souveränität eine reale Unterlage zu verleihen, oder wie Odilon Barrot treffend in der französischen Kammer sagte: daß er nicht Unterthan eines andern Herrschers sei. Ich stimme auch mit dem Reichskanzler in dem Wunsche überein, daß ein neuer Papst nicht aus dem zornigen Theil der Cardinale gewählt werden möge. Ich wüßte aber nicht, wie dieser Vorschlag motivirt wäre. (Gelächter links.) Die jegige Sprache der Curie kann dazu keine Veranlassung geben; sie ist zwar nicht so diplomatisch — und ich wünschte, unsere Regierung wäre es auch weniger — aber man braucht nicht zwischen den Zeilen zu lesen; sie ist klar und deutlich (Zustimmung und Heiterkeit), aber nicht verlegend (Widerpruch), sonst müßten Sie auch die Ausdrücke der Bibel, welche viel stärker sind, für verlegend halten.

Der Antrag Löwe auf Streichung der Summe für die päpstliche Gesandtschaft wird hierauf abgelehnt. Eine starke Minorität, bestehend aus der Fortschrittspartei, dem weitaus größten Theile der Nationalliberalen und einem Theile der liberalen Reichspartei stimmt für diese Streichung.

Nach 4 Uhr wird ein Antrag auf Schluß abgelehnt und die Discussion wendet sich den Consulaten zu.

Abg. Rapp rügt die allzuhäufige Besetzung der Consulatsposten durch Ausländer, die in einer großen Nation nicht würdig und unter Umständen höchst nachtheilig sei. Wie viel Erfahrungen wären gerettet worden, wenn das preuß. Generalconsulat in Paris bei Ausbruch des Krieges durch einen verständigen deutschen Mann, und nicht durch Hrn. v. Rothschild, diesen vaterlandslosen Finanzbaron, besetzt gewesen wäre. Ja, es ist während des Krieges vorgekommen, daß ein Franzose, der auf einer englischen Insel zugleich französischer und deutscher Consul war, die letztere Eigenschaft beibehielt und die erstere an seinen Commis abtrat, so daß er die französische Regierung gleichsam in einer amtlichen deutschen Function über gewisse Dinge informieren konnte. Auch in America bemerkt man zahlreiche Ernennungen von solchen Deutschen zu Consuln, die naturalisirte Amerikaner sind, als ob man eine Prämie auf die Expatriation setzen wolle.

Geh. Rath v. Phillipsborn führt umständlich aus, daß die Reichsbehörde bei Besetzung von etwa 600 Consulatsstellen sich unter Umständen genöthigt sehe, Nichtdeutsche zu berufen, wenn der betreffende Posten wirklich besetzt werden solle. Ebenso lasse sich nichts daran ändern, daß zu Consuln in America ernannte Deutsche sehr häufig das amerikanische Bürgerrecht erwerben.

Deutschland.

* Karlsruhe, 12. Juni. Es fällt allgemein die matte Haltung auf, welche die sonst von liberalen Phrasen vollgepfropften badischen Blätter, mit Ausnahme der katholischen und demokratischen Presse, in Sachen des neuesten Pressegesetzentwurfes an den Tag legen. Es sind das die nämlichen Blätter, die in früheren Jahren des Schreiens nicht müde werden konnten, wenn einmal ein Censurstrich einem liberalen Phrasenergüsse den Lebensfaden abschchnitt. Wer erinnert sich nicht, wie man einst den jämmerlichsten Wasserdichter, der so recht eigentlich zum reimenden Herold des Liberalismus wie geschaffen war, Hofmann von Fallersleben auch in unserem Lande, so namentlich in Heidelberg durch Fackelzug, Bankett u. dgl., verherrlichte, weil er den geistreichen Vers gezimmert hatte:

Dem Censor verdorre die Hand,
Hoch lebe das Vaterland!

Und dann all die unzähligen Motionen und Discussionen in Badens durch das Pressefreiheitsverlangen berühmt gewordener Kammer, die alle das Volk hören, lesen und durch reichliche Diäten bezahlen mußte, — wozu ist das Alles gewesen? Hat doch jetzt die nämliche Partei, die vordem einen Jhstein, Welcker, Sander, Hecker, Soiron und wie die sonstigen Pressefreiheitsmotionssteller heißen mochten, wegen der Vertheidigung der freien Presse als geistige Helden erster Größe auf den Schild hob, selbst einem Bismarck'schen § 20 gegenüber nur

einige ganz geschraubte Bemerkungen auf die Beine zu bringen vermocht, über die die Frls. Btg. mit volstem Recht sagt: „Nicht wahr, gegen Demokraten und Ultramontanen könnte man sich den § 20 wohl gefallen lassen; wie aber wenn einmal von gewisser Seite ein anderer Wind weht und die „anderen Freiheitsinteressen“, will sagen der Nationalliberalismus selbst, gefährdet sind?“ Letztere Bemerkung bezieht sich auf die „Bad. Landeszeitung“, die nach dem Satz, daß Alles zwei Seiten hat, zwar, wenn auch sehr gelind, ihre Ausstellungen an dem § 20 macht, andererseits aber meint: „Verkennen läßt sich übrigens nicht, daß die ganze Vorschrist wesentlich den jetzt üblichen und gemeinen Formen der Besprechung von Lebensdingungen der Gesellschaft entgegengetreten will. Das ist allerdings eine Best unserer Zeit und Tausende der freudentendsten Menschen theilen den Wunsch, daß diesem Unheil möge gesteuert werden können. Ob es möglich, ohne andere Freiheitsinteressen übermäßig zu gefährden, das ist eben die Frage.“

Vergleicht man das himmelhochjauchzende Pressfreiheitsdeclamiren der Liberalen der 40er Jahre mit ihrem heutigen lendenlahmen Verhalten dem Bismarck'schen Entwurf gegenüber, dann muß man unwillkürlich an die Worte des Dichters denken, die eigens für unseren deutschen Liberalismus geschrieben sind:

Sie haben Königsmördern Ruhm geliebt
Und später alle Könige gelobt;
Sie haben „Hoch die Republik“ geschrie'n
Und später gegen Republik getobt.
Nun sind sie liberal — doch stets erbötig
Den Rock zu wechseln und — die Haut wenn nöthig.

◀ Vom Ser. 11. Juni. Die „Badische Correspondenz“ läßt sich über die Aufgabe der künftigen badischen Kammermitglieder vernehmen. Sie will wohlgesinnte Leute, welche den Kampf gegen den Ultramontanismus weiter führen und auch gegen die Demokraten nicht müßig seien. Herrscht doch immer noch bei diesen Ablegern der Bureaucratie und Bourgeoisie jener krankhafte Appetit nach „Schwarzwild- und Rohwildpret“, der sie melanchochisch und blind macht! Daß dieser confessionelle Hader bei uns ja nie ausgeht, scheint der „Schwäbische Merkur“ anzudeuten, indem derselbe so lange die Dotation des Bisthums zu Freiburg eingezogen wissen will, d. h. die für den Erzbischof ausgeworfene jährliche Summe, bis ein neuer Bischof gewählt sei. Kann dies geschehen, so ist der Wink des Merkurs nicht unverständlich: man könne so lange den Stuhl nicht besetzen, als man das Geld wolle. Es wäre wünschenswerth, daß eine sachkundige Feder die Dotations-Verhältnisse des Bisthums Freiburg den Lesern dieses Blattes auseinandersetzen würde, damit man jetzt schon ermessen könne, worauf jener Wunsch beruht. Auch könnte eine aktenmäßige Darstellung gegeben werden, woran es eigentlich liegt, daß der Stuhl zu Freiburg bis jetzt noch nicht besetzt werden konnte.

☒ Freiburg, 11. Juni. Wo sind wir? Wo kommen wir hin? So muß man sich fragen, wenn man hört, daß die kaiserliche Post in Freiburg wegen der angeblichen Unmöglichkeit, ein geeignetes Lokal in der Stadt zu finden, sich vor der Stadt auf dem Viehmarkt etablirt und damit begnügt hatte, mitten in der Stadt eine in mehrfacher Hinsicht beschränkte Annahmestelle fortbestehen zu lassen. Nun aber, da der Miethzins für diese Annahmestelle im Bezirksamt Seitens Sr. Ministeriums des Innern, wie uns dünkt mit Recht, auf fl. 500 erhöht werden wollte, glaubt das Reichsoberpostamt diesen Betrag nicht bezahlen zu können, da ein Postamt mitten in der Stadt überhaupt nicht absolut geboten, sondern nur zur Bequemlichkeit eines Theils des Publikums da sei. Das ist unbestreitbar: absolut nöthig sind die Posten nicht und es behelfen sich die Bewohner der Ukraine, am Nil und die Nachbarn der Modocs mit sehr seltenen und billigen Posteinrichtungen; hier aber ist doch die Frage erlaubt, wie weit bei uns das Publikum hintangefehrt und das fiskalische Interesse vorangestellt werden dürfe in Baden, das einst seine eigenen Posten hatte.

Heidelberg, 11. Juni. Heute Nachmittag um 3 Uhr passirte in einem Extrazuge von vier Wagen der Schah von Persien mit Gefolge auf der Durchreise von Wiesbaden nach Baden-Baden begriffen, unsere Stadt. Zu dem officiell angeordneten Empfange hatte sich eine große Zahl von Beamten, Militärs etc., zum Theil aus Karlsruhe, und Vertreter der Universität auf dem Bahnhofe eingefunden. Der Zug hielt etwa 20 Minuten. Die fürstliche Curiosität ließ sich von der dicht angeammelten Volksmenge dem Anscheine nach gern beschauen. „Die Schahheit“ stand aufrecht in ihrer genugam beschriebenen Tracht im Waggon, begrüßte die Beamten der Tradition gemäß über die Achseln und hörte

die persische Ansprache eines hiesigen Professors gnädig an. Sympathische Kundgebungen Seitens des Volkes fanden nicht statt, antipathische wurden unterdrückt. (N. B. S. 3.)

Vom Rhein, 8. Juni, wird der „Röln. Volksztg.“ geschrieben: „Im Juni-Heft der „Stimmen aus Maria-Laach“ bespricht P. Schneemann die Presse als eines der vorzüglichsten Mittel zur glücklichen Führung des nun begonnenen Kampfes. „Leider“, heißt es da, „unterschätzen Viele, insbesondere Katholiken, die gewaltige Macht der Presse. Von der Stunde des Kampfes gilt besonders das Wort: Wer nichts hat, der verkaufe seinen Rock und kaufe ein Schwert. Was für ein Schwert? Das zweischneidige des Wortes, diese Waffe, die durch die Presse unaufhörlich Tag für Tag geschwungen und bis in's Unendliche vervielfältigt wird. Und doch ist unsere Presse so arm gestellt, im Vergleich mit der gegnerischen.“ Die Klage ist vollkommen begründet. So sehr aber auch manche Katholiken die Macht der Presse unterschätzen, die Kirche hat deren Werth von Anfang an sehr wohl gekannt. Als bald nach Erfindung der Buchdruckerkunst hat Papst Leo X. auf dem Lateranensischen Concil dieser großartigen Erfindung die herrlichsten Lobspriiche gespendet, und sie als ein providentielles Ereigniß seiner Zeit betrachtet; er sagt geradezu, daß die Buchdruckerkunst mit Gottes Gnade und Hülfe (divino favente numine) erfunden worden sei und „die größten Vortheile den Sterblichen gebracht“ habe. Daß man diese Anschauung von dem Werthe und der Macht der Presse kirchlicherseits bis auf die Gegenwart behalten hat, zeigt eine Versammlung angesehener französischer Bischöfe in Paris (1849). In ihrem Schreiben lesen wir die Worte: „Die Presse erhebt jeden Tag ihre Stimme, die ganze Welt hört sie. Die Presse hallt auf den öffentlichen Plätzen wieder, sie dringt bis in den Schooß der Familie. Es gibt keine Frage, zu deren Lösung sie sich nicht competent hält, sie discutirt über alle. Sie macht die öffentliche Meinung, sie regiert die Welt. Diese Großmacht der Gegenwart wirkt, je nachdem sie der Wahrheit oder dem Irrthum dient, Gutes oder Böses, beides in hohem Grad. Aber man muß die Wahrheit dem Irrthum, das Gute dem Bösen entgegensetzen; man darf eine so gewaltige, eine so gefährliche Waffe nicht allein in den Händen der Feinde lassen.“ Es gibt keine Gottesgabe, welche der Mensch nicht mißbrauchen könnte. Und je herrlicher sie ist, desto schlimmer ist ihr Mißbrauch. Corruptio optimi pessima. Die Presse ist eine herrliche Gottesgabe, „divino favente numine inventa“, wie Leo X. sagt. Eben deshalb ist auch ihr Mißbrauch so unheilvoll. Wunderbar ist die Fähigkeit der Sprache, mit welcher der Schöpfer uns Menschen ausgestattet hat. Aber die Presse ist eine Vervollkommnung des uns von der Natur verliehenen Sprachorgans, ein Ersatzmittel für dessen Schwäche und räumlich wie zeitlich äußerst beschränkte Wirksamkeit. Die Presse ist eine Sprache neuer Art, die sich von der gewöhnlichen dadurch unterscheidet, daß sie stärker tönt, daß sie einer größeren Anzahl Zuhörer sich vernehmlich macht, daß sie sich endlich in einem unverwischbaren Abdruck erhält. Sie ist zugleich Organ des Geistes und Bild seiner unbegrenzten Thätigkeit, seiner gewaltigen Expansivkraft, seiner wunderbaren Schnelligkeit. Eben deswegen ist der Einfluß der Presse im Guten wie im Bösen unberechenbar. Allein so groß auch das durch ihren Mißbrauch gestiftete Unheil ist, es ist eines katholischen Herzens unwürdig, für den Sieg der Wahrheit, die in der Presse ein so mächtiges Organ erhalten, um deswillen zu fürchten, weil auch der Irrthum und die Leidenschaft dasselbe mißbrauchen können. Unwürdig ist es eines katholischen Herzens, Angesichts des verursachten Verderbens jammernd die Hände in den Schooß zu legen. Das über die Bedeutung der Presse Gesagte gilt in ungleich höherem Grade von den Tagen des Kampfes, in welche wir jetzt gerathen sind. Ein Kirchenconflit läßt sich, wie die „Laacher Stimmen“ bemerken, nur durch „das zweischneidige Schwert des Wortes“ durchkämpfen, das „durch die Presse unaufhörlich Tag für Tag geschwungen und bis in's Unendliche vervielfältigt wird.“ Allerdings müssen wir Katholiken stets unbedingt auf Gottes Hülfe vertrauen, aber, wie dieselbe Zeitschrift hinzusetzt, zugleich „so auf uns vertrauen, als ob der ganze Erfolg von unserm Thun allein abhänge.“ Freilich gibt es, wir wissen das, unter den menschlichen Mitteln außer der Presse noch andere: Vereinsrecht und Wahlen, deren wir uns bedienen müssen. Doch Vereine und Wahlen lassen sich nicht organisiren, und wirken nicht in vollem Maße ohne die Presse. Herrlich waren die Reden unserer Abgeordneten in der Kammer; indes

dort verhalten sie spurlos, sie erhielten ihre ganze Wirkung erst dadurch, daß sie durch die Presse in das Land geworfen wurden, und in allen kathol. Herzen dieselbe Begeisterung für die Kirche entzündeten, von denen unsere parlamentarischen Vorkämpfer durchdrungen waren. „Trotz alledem“ ... — und nun folgt ein langes Register dessen, was katholischerseits an der Presse gesündigt worden ist, und noch gesündigt wird, Vergleiche zwischen der Abonnentenzahl der katholischen Blätter und der gegnerischen Preßerzeugnisse, die wenig Erfreuliches haben, Betrachtungen über den geringen Eifer, der im katholischen Lager, im Gegensatz zu dem „liberalen“, für die Interessen der Presse bekundet wird, und andererseits über die naiven Anforderungen, welche man an die katholische Journalistik nicht selten stellt etc. Wir haben dieses Lied oft gesungen. Dem Hrn. Correspondenten ist ein Moment entgangen, welches sich in den letzten Tagen wieder ein Mal so recht bemerkbar gemacht hat, und das zu den vorstehend angedeuteten im Verhältniß von Ursache und Wirkung steht: der Mangel an katholischen Publicisten, welche ihrer verantwortungsvollen Aufgabe gewachsen sind. Man lese in dieser Hinsicht, wie trefflich die liberale Presse die (gelinde gesagt) chauvinistischen Auslassungen des einen oder andern katholischen Organs, etwa über den Regierungswechsel in Frankreich, zu verwerthen weiß!

Frankfurt, 11. Juni. Durch den Preßgesetzentwurf für das deutsche Reich sind sogar die Wiener Blätter in ihrer Bewunderung des Fürsten Bismarck arg gestört. Die „Presse“ gesteht, daß ihr Angesichts dieses Entwurfs die Erinnerung an ein Wort Bethmann-Hollweg's: „Herrn Stahl fehlt zu einem großen Manne nur die Liebe zur Freiheit“ erneuert sei, und bemerkt dann weiter: „Ein neues Blatt hat Fürst Bismarck seinem Ruhmeskranz mit diesem Gesetzentwurf nicht hinzugefügt. Derselbe bestätigt nur, was bereits Eugen Richter im preußischen Abgeordnetenhaus ausgesprochen hat: „Fürst Bismarck ist nicht im Stande, mit einer freien Presse zu regieren.“

Wiesbaden, 13. Juni. Der Schah von Persien ist heute früh 8 Uhr von hier abgereist. In Wiesbaden bestieg er ein Salonschiff, um sich nach Bonn und von da über Spa nach Brüssel zu begeben.

Aus Berlin, 7. Juni, schreibt man der „A. Btg.“: „Heute hat uns der Schah von Persien nach acht-tägigem Aufenthalt am hiesigen Hof wieder verlassen. Bis zum Lehrter Bahnhof wurde ihm vom Kronprinzen das Geleite gegeben. Wohl nie hat unser Hof einen in jeder Beziehung seltsameren Gast bewirthet und wohl nie ein Gast dieses Hofes so wenig angenehme Erinnerungen zurückgelassen, als dieser asiatische Herrscher. Vorkarg in des Wortes wegenster Bedeutung, lehrte er überall ein an Insolenz streifendes Wesen heraus, das selbst bis in die höchsten Kreise hinauf verlegte. So wurden von ihm sogar Prinzen, welche dem Thron nahe stehen, mit einer Geringschätzung behandelt, die man unter andern Verhältnissen nicht so leicht verzeihen haben würde. Mehr Aufmerksamkeiten erwies der Schah dagegen denjenigen Prinzen und Personen, die sich durch ihre Thaten zu geschichtlichen Größen aufgeschwungen haben. Den Kronprinzen, den Prinzen Friedrich Karl, den Fürsten Bismarck und den Feldmarschall Grafen Moltke würdigte er beispielsweise bei seiner Ankunft eines Händedrucks, während er an anderen ihm vorgestellten Prinzen als ganz unbedeutenden, tief unter ihm stehenden Personen stolz vorüberging. Gegenüber den drei Mitgliedern der israelitischen Alliance, denen er eine Audienz gewährt hatte, gefiel er sich in der Rolle eines Automaten; bekanntlich sollten die Herren das Mitgefühl des Schahs für die unterdrückten Glaubensgenossen in Persien erwecken wollen. Aber kein Wort der Anerkennung dieses humanen Bestrebens kam über die Lippen des asiatischen Despoten; ja selbst seine Blicke schienen die wohlwollenden Bemerkungen, mit denen der Minister die Deputation entließ, Lügen strafen zu wollen. Unter solchen Umständen hat unser Hof diesen sonderbaren Gast gewiß nicht ungern scheiden gesehen. Auch erzählt man sich einzelne Züge vom Schah, die zu dem Schlusse führen müssen, daß Freigebigkeit nicht zu seinen Tugenden zählt.“

Berlin, 9. Juni. Man schreibt der „A. A. B.“ von hier: „Biel Aufsehen wird in unseren parlamentarischen und politischen Kreisen ein Toast machen, welchen der Großherzog von Mecklenburg in der Festversammlung der landwirthschaftlichen Ausstellung in Wismar ausbrachte. W nigstens wird man nicht fehlgreifen, wenn man in diesem Toast eine Antwort auf den vom Reichstag gefaßten Beschluß über den Büding'schen Antrag erblickt. Der Großherzog sagte: „Wir leben in einer ernsten Zeit,

und es mag gut sein, daß wir uns darüber aus-
sprechen. Wir suchen neue Formen für unsere öf-
fentlichen Verhältnisse. Das Ziel ist klar! Staatliche
Herausbildung derselben. Aber der Wege dafür gibt
es verschiedene, und es wird wohl keinen geben, der
Allen gefällt. Ziel und Weg aber müssen sein nach
mecklenburgischer Art. Der Ruck, den wir tragen
sollen, muß uns auch passen. Darum wollen wir
ihn uns selber und auch allein machen. Mecklen-
burg steht tren und fest zum deutschen Vaterland.
Das hat es auch mit der That bewiesen. Darum
hat es auch das Recht, hoch zu halten seine eigene
Art, und so fordere ich Sie auf, meine Herren,
bringen Sie mit mir ein Hoch auf unser Mecklen-
burg: „Es lebe hoch!“ Sie können sich denken,
mit welchem Jubel diese stolzen und zuversichtlichen
Worte von den anwesenden mecklenburgischen Rit-
tern begrüßt wurden. Schwerlich würde auch der
Großherzog so gesprochen haben, wenn er nicht einen
festen Boden unter seinen Füßen fühlte. Eben des-
halb aber greift in den liberalen Kreisen mehr die
Besorgniß vor einer anbrechenden Reaction Platz,
und diese Besorgniß wird nicht wenig durch den
draconischen Preßgesetzentwurf genährt, welchen Fürst
Bismarck dem Bundesrath überreicht hat.“

Berlin, 10. Juni. Die gestern vom Fürsten
Bismarck im Reichstage abgegebene Erklärung:
daß die Reichsregierung nicht gewillt sei, mit der
Papstwahl sich zu beschäftigen, bezeichnet einen
sehr auffälligen Wechsel der Ansichten. Es
ist noch kein Jahr verstrichen, als der Chor der
officiösen Pressagenten unisono die entgegengesetzte
Meinung vertrat und ausführte, daß es im Interesse
Deutschlands liege, wenn die Reichs-Regierung von
dem ihr angeblich zustehenden Rechte Gebrauch mache
und bei der Papstwahl ein Wort mitrede. Sehr
klar und ausführlich wurde dieser Gedanke in der
einer Zeit erwähnten Flugschrift „Noch ein Wort
zur Papstwahl“ entwickelt, welche Flugschrift einen
ausgeprägt officiösen Charakter hatte. Was die
Reichs-Regierung zu ihrem Rückzuge bestimmt hat,
ist leicht zu errathen. Sie ist nachgerade doch selbst
zu der Erkenntniß gelangt, daß es mit ihren ver-
meintlichen Rechtsansprüchen sehr schlecht bestellt sei,
und zu dieser Erkenntniß wird wohl der Umstand
geführt haben, daß alle Versuche, an deren Mächte
für eine Cooperation in dieser Angelegenheit zu ge-
winnen, an der correcten und festen Haltung der
Leßtern gescheitert sind. Auf diese Weise ist denn
bei uns in dieser Angelegenheit das Princip der
Nichtintervention wieder zu Ehren gekommen.
Was Fürst Bismarck in derselben Sitzung über un-
sern Handelsverkehr mit Rußland sagte,
klingt sehr wenig befriedigend. Die Klagen der Be-
wohner in unsern Grenzprovinzen drehen sich viel
weniger um die Tarifffrage als um die leidige Grenz-
sperrre, und in dieser Beziehung haben die Eröff-
nungen des Reichslanzlers wenig Hoffnung auf Besse-
rung erweckt. (R. B. Z.)

Berlin, 10. Juni. Während der Handelsminister
auf Grund der in der Untersuchungscommission
gepflogenen Verhandlungen, eine Reform in Aus-
sicht nimmt, ist es über Wagener ganz still gewor-
den, und die „Vossische Zeitung“ bringt heute eine
gar seltsame Notiz, die keinesfalls richtig sein kann,
da Wagener entweder freigesprochen oder verurtheilt
sein muß, keineswegs aber über Austritt aus dem
oder Verbleiben in dem Amte verhandeln kann.
Ist der Buchstaben des Gesetzes für Wagener, so
wird man ihn ohnehin nicht fallen lassen. Kirch-
mann wurde von dem Obertribunal aus Amt und
Würden entfernt wegen eines wissenschaftlichen Vor-
trags, der mit seinem Amte nichts gemein hatte.
Und Wagener? Man weiß ja, was ihm Laster
Alles zur Last gelegt hat. (Frkf. Z.)

Berlin, 10. Juni. Das Nothpreßgesetz, welches
von einigen Zeitungen angekündigt worden war, ist
jetzt durch den Abg. Dr. Windthorst (Meppen) und
unterstützt von 30 Mitgliedern des Centrums beim
Reichstage eingebracht worden. Dasselbe lautet:
„Gesetz-Entwurf betr. die Aufhebung der Zeitungs-
Cautionen und auf Preßerzeugnisse lastenden Staats-
abgaben. Wir Wilhelm etc. verordnen u. s. w. was
folgt: § 1. Die Verpflichtung zur Bestellung von
Zeitungs-Cautionen, der Zeitungs- und Kalender-
stempel, die Abgabe von Inseraten sowie jede an-
dere neben der allgemeinen Gewerbesteuer noch be-
stehende Belastung oder Besteuerung einzelner Preß-
erzeugnisse werden hiermit aufgehoben.“

Berlin, 13. Juni. Der Reichstag verwies in
seiner heutigen Sitzung den Gesetzentwurf über Rege-
lung des Reichsetats pro 1872 in erster Berathung
an die Budgetcommission und genehmigte den Ent-
wurf über Veränderung der Wahlkreise im Regie-
rungsbezirk Oepeln in erster und zweiter Berathung.
Der Antrag des Abgeordneten Schulze betreffend

die rechtzeitige Einbringung des Berathungsmaterials
und Abstellung des gleichzeitigen Tagens einzelner
Landesvertretungen mit dem Reichstage, wird fast
einstimmig angenommen. Staatsminister Delbrück er-
klärte, daß durch ein Tagen des Reichstages in den
Herbstmonaten viele seitherige Mißstände beseitigt
werden würden. Bei der darauf folgenden Berathung
des Laster'schen Antrages betreffend die Zeit
der Einberufung des Reichstages hebt der Reichs-
kanzler Fürst Bismarck hervor, daß die Einberufung
des Reichstages dem Kaiser zustehende, welcher dieses
Recht gewiß nach den Wünschen des Reichstages
handhaben werde. Die Herabsetzung der Beschluß-
fähigkeitzahl des Reichstages sei nach dem Beispiele
Englands gefahrlos. Der Reichstag habe sich bis-
her mit der von den Landtagen übrig gelassenen
Zeit begnügt, die Landtage würden mit weniger
Plenarsitzungen bei Abkürzung der langen Reden
auskommen können, der Reichstag müsse den Vor-
tritt vor den Landtagen und das Reich das Recht
haben, sich die geeignetste Zeit zu wählen. Der
Laster'sche Antrag scheine ihm sehr angenehm, nament-
lich daß der Beginn der Session im November statt-
finden solle. Er habe in diesem Jahre vielfach auf
eine frühe Einberufung des Reichstages gedrängt;
bei der jetzigen Einrichtung sei aber eine frühere
Einbringung der Vorlagen, namentlich des Budgets,
nicht möglich gewesen. Wir werden die Wünsche
des Reichstages dem Kaiser zur Berücksichtigung
empfehlen, und keine Rücksicht auf die Einzelstaaten
wird mich dann von einer zeitigen Einberufung des
Reichstages abhalten.

Berlin, 13. Juni. Die Ismer'sche Dachpappen-
Fabrik in Rixdorf ist heute früh durch Explosion
von 2 Dampfesseln vollständig zerstört worden. Die
Zahl der Getödteten und Verwundeten ist noch nicht
festgestellt, doch dürfte dieselbe nicht unbeträchtlich
sein, da Tag und Nacht gegen 100 Arbeiter in der
Fabrik beschäftigt waren.

Berlin, 14. Juni. Sämmtliche hiesige Redac-
teure, ausgenommen die des „Staatsanzeigers“, der
„Nordd. Allgem. Ztg.“, der „Kreuzzeitung“ und
der „Post“ beschlossen einen Protest gegen den
Reichspreßgesetzentwurf. Die Frkf. Ztg. veröffent-
licht heute bereits den Wortlaut desselben, den wir
in der nächsten Nummer nachtragen werden. Alle
deutschen Redactionen sind eingeladen, dem Proteste
beizutreten.

Ausland.

Rom, 11. Juni. Die Deputirtenkammer geneh-
migte in ihrer heutigen Sitzung die mit Deutsch-
land abgeschlossene Postconvention. — Der
König hat heute den französischen Gesandten Four-
nier empfangen, der morgen eine Ulaubsreise an-
treten wird.

Paris, 13. Juni. Ranc wird in Contumaciam
abgeurtheilt werden. Die Prinzessin Clotilde und
ihre Kinder werden in Paris erwartet, wo sie einige
Tage zu bleiben gedenken. Ein zweites Circular,
welches Gambetta mitgetheilt wurde, wird dieser
nicht veröffentlicht.

Paris, 13. Juni. Ranc wird heute noch in's Aus-
land abreisen. Der „Siecle“ findet den Moment
zur gerichtlichen Verfolgung desselben inopportun. Die
conservative Presse belobt den Gouverneur, daß er
endlich gegen alle Communarden gleichmäßig vor-
gehe.

Berjailles, 12. Juni. In der heutigen Sitzung
der Nationalversammlung verliest der Präsident
Brieße des Kriegsministers und des Gouverneurs
von Paris, welche die Genehmigung der Versamm-
lung zur gerichtlichen Verfolgung des Deputirten
Ranc fordern. Der Brief Admiraults besagt, daß
Ranc das einzige Mitglied der Commune sei, wel-
ches ernstlich compromittirt nicht verfolgt werde, und
erinnert an die Decrete der Commune, an deren Er-
laß Ranc theilgenommen habe. Die Versammlung
beschließt Sonnabend eine Commission zu ernennen,
welche mit der Prüfung der Zulässigkeit einer An-
klage betraut werden soll.

London, 12. Juni. Kaiserin Eugenie reist heute
über Ostende nach dem Continent ab.

Berjignau, 12. Juni. Laut Nachrichten aus
Barcelona wird in Bich eine bewaffnete Demon-
stration befürchtet. Ein Bataillon hat seine Df-
ziere vertrieben. Die Carliften kommen und gehen
ohne belästigt zu werden.

Madrid, 12. Juni. Meuterische Soldaten haben
in Murviedro einen Oberst-Lieutenant ermordet. —
Morgen wird in den Cortes die Wahl des definiti-
ven Präsidenten derselben vorgenommen. Die
Wahl Nicolas Salmeron's scheint gesichert.

Petersburg, 12. Juni. Der „Russische Invaliden“
meldet: Am 11. Mai war der russische Vortrab

des Expeditionscorps am Amu Darja angelangt.
Die in einer Zahl von 3500 Mann dort stehenden
Chivesen wurden geschlagen. Am 14. Mai rückte
General Kaufmann in der Richtung von Schur
Achan weiter.

Notales.

Ottersweier, 9. Juni. Unser sonst so stilles Otters-
weier wurde in jüngster Zeit der Schauplatz eines Verbre-
chens, das großes Aufsehen allenthalben erregen wird. Eine
ledige „Mutter“ hat nämlich ihr 4. Jahr altes Kind vergif-
tet. Sie kaufte dem Kinde kurz zuvor ein Kleiderchen und
Häubchen etc., ließ es bei einem Photographen in Bühl noch
häßlich photographiren und ihm im Hause des Photographen
Milch geben, in die sie die Giftstoffe brachte. Das Kind mußte
sich noch in Bühl erbrechen, und bis sie es nach Hause brachte,
war das Kind förmlich krank. Nach der Beerdigung des
Kindes suchte diese Person dem immer bestimmter auftretenden
Gerüchte durch die Lüge zu begegnen, die Frau des Bühl-
er Photographen habe dem Kinde zu heiße Milch gegeben.
Alein die herausgegrabene Leiche ergab ganz klar, daß hier
das Verbrechen der Vergiftung begangen worden ist. Die
Leiche, d. h. nur der Magen wurde sodann von einem Pro-
fessor von Freiburg (der eigens wegen dieser Leichen Section
gekommen war) mitgenommen. (N. f. St. u. L.)

Katholische Volkspartei in Baden.

Am Dienstag den 24. d. M. wird im Hir-
schen zu Bühl, Mittags 1/2 Uhr eine Be-
sprechung über wichtige Parteiangelegenheiten
abgehalten, wozu unsere Gesinnungsgenossen
im ganzen Lande mit der Bitte um zahlreiches
Erscheinen freundlichst eingeladen werden.
Entfernere Landesbezirke werden gebeten,
Vertreter zu senden.
Specielle Einladungen erfolgen nicht.
Das Comité.
Die Redactionen unserer Blätter werden um
Aufnahme obiger Einladung ersucht.

Quittung.

Von löbl. Redaction des „Bad. Beob.“ heute vermittelt
Post-Anweisung zu Gunsten der armen Familie des verun-
glückten Titus Kaiser hier 26 fl. 22 kr. Zwanzig sechs
Gulden und 22 Kreuzer empfangen zu haben, bescheinigen wir
sowohl verehrlicher Redaction als auch den milden Gebern
herzlich dankend.

St. Blasien, 2. Juni 1873.
F. W. Wasmmer, Bürgermstr. Max Bader, Pfrv.

Mediatet unter Verantwortlichkeit v. Fr. Ferd. Biffing

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten. „Revalescière Du Barry von London.“

Bei allen Krankheiten bewährt sich ohne Medicin und ohne
Kosten die delicate Gesundheitspeise Revalescière du Barry
von London, die bei Erwachsenen und Kindern ihre Kost 50-
fach in andern Mitteln erspart.

Auszug aus 72,000 Genesungen an Magen-, Nerven-, Un-
terleibs-, Brust-, Lungen-, Hals-, Stimm-, Athem-, Drüsen-,
Nieren- und Blasenleiden — wovon auf Verlangen Copien
gratis und franco gesendet werden:
Certificat Nr. 64.210.

Neapel, 17. April 1862.
Mein Herr! In Folge einer Leberkrankheit war ich seit 7
Jahren in einem furchtbaren Zustande von Abmagerung und
Leiden aller Art. Ich war außer Stande zu lesen oder zu
schreiben; hatte ein Zittern aller Nerven im ganzen Körper,
schlechte Verdauung, fortwährende Schlaflosigkeit und war in
einer steten Nervenauflregung, die mich hin- und her trieb und
mir keinen Augenblick der Ruhe ließ; dabei im höchsten Grade
melancholisch. Viele Aerzte hatten ihre Kunst erschöpft, ohne
Binderung meiner Leiden. In völliger Verzweiflung habe ich
Ihre Revalescière versucht, und jetzt, nachdem ich drei Mo-
nate davon gelebt, sage ich dem lieben Gott Dank. Die Re-
valescière verdient das höchste Lob, sie hat mir die Gesun-
dheit völlig hergestellt und mich in den Stand gesetzt, meine
gesellschaftliche Stellung wieder einzunehmen. Mit innigster
Dankbarkeit und vollkommener Hochachtung.

Marquise de Bréhan.
Nährhafter als Fleisch, erspart die Revalescière bei Er-
wachsenen und Kindern 50 Mal ihren Preis in Arzneien.

In Blechbüchsen von 1/2 Pfund 18 Sgr., 1 Pfund 1 Thlr.
5 Sgr., 2 Pfund 1 Thlr. 27 Sgr., 5 Pfund 4 Thlr. 20 Sgr.,
12 Pfund 9 Thlr. 15 Sgr., 24 Pfund 18 Thlr. — Reval-
escière Chocolatée in Pulver u. Tabletten für 12 Tassen 18 Sgr.,
24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr.
Revalescière Biscuits in Büchsen à 1 Thlr. 5 Sgr. und 1 Thlr.
27 Sgr.

Zu beziehen durch Barry du Barry u. Comp. in
Berlin, 178 Friedrichstraße; Carlsruhe: Th. Brugler
großherz. Hoflieferant Louis Dörle, u. Paul Mayer,
Donauessingen: Franz Gerst, Raßatt: A. Fi-
scher, früher A. Sallinger-Hendt, Offenburg: Franz
Dimmler, Constanz: Fr. Schildknecht, Worms: F. H.
Meyer, Ludwigshafen: Wilh. Kuelius, Dürkheim:
Jean Hammel, Schopshheim: Johann Reinacher, Bil-
lingen: Lucas Eisele, Durlach: Ludwig Reifner und
Apotheker G. Luschka, Tauberbischofsheim: Leopold
Frank, Triberg: Arnold Pfaff, Ueberlingen: F.
F. Blattan, Rehl: Karl Schid, Freiburg i. Br.: Wil-
helm Rost, vormalig C. Sidenberger, Drognist am Schwaben-
thor, Ch. Th. Heringer, Salzstraße Nr. 7, Pforzheim:
Apotheker C. Grosholz, Zweibrücken: Ww. August Seel,
Baden-Baden: W. Vilharz, großh. Hofapotheker, F. H.
Schlund, Mannheim: Louis Gooß, Lit. S. 2. Nr. 20,
Heiligenberg: C. Leibinger, Heidelberg: C. W.
Rom, Franz Popp, Speyer: J. C. Eberhardt und nach
allen Gegenden gegen Postanweisung.

